

Europäische Menschenrechtskonvention

Mit rechtsvergleichenden Bezügen zum
deutschen Grundgesetz

von

Dr. Anne Peters, LL.M. (Harvard)

o. Professorin für
Völker- und Staatsrecht an der Universität Basel

und

Dr. Tilmann Altwicker, LL.M. (CEU)

Wiss. Assistent an der Universität Zürich



Verlag C. H. Beck München 2012

Vorwort zur 2. Auflage

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage sind neun Jahre vergangen. In dieser Zeit hat sich die Europäische Menschenrechtskonvention als Instrument eines europäischen *ordre public* etabliert. Geografisch hat sich der Einfluss der EMRK ausgedehnt: Die zum Zeitpunkt des Erscheinens der Voraufgabe noch relativ „neuen“ osteuropäischen Mitgliedstaaten sind zuverlässig in das Rechtsschutzsystem eingebunden worden, die Rechtsprechung des Straßburger Gerichtshofs wird intensiv durch andere überstaatliche Menschenrechtsschutzinstanzen, von den Gerichten der Mitgliedstaaten und auch außerhalb des *espace conventionnel* rezipiert. Die Zahlen der Beschwerden zum Straßburger Gerichtshof sind explosionsartig angestiegen. Seine Rechtsprechungstätigkeit hat sich dementsprechend quantitativ gesteigert. In qualitativer Hinsicht hat sie vielfach neue Wege beschritten: Der Ausbau der prozeduralen Gehalte der Konventionsrechte, die weitere Ausformung der Schutzpflichten, die stärkere Nutzung des Diskriminierungsverbots zur Überwindung sozialer Ungleichheit, die Entwicklung einer proaktiven Informationsfreiheit sind nur einige materiell-rechtliche Beispiele. Die Verfahrensreformen durch das 14. Protokoll, das Piloturteilsverfahren und die gerichtliche Anordnung konkreter Einzelmaßnahmen sind Neuerungen auf der prozeduralen Ebene.

Die Einbindung der EMRK-Mitgliedstaaten in internationale Organisationen und sonstige internationale Regime sowie extraterritoriale Hoheitsrechtsausübung haben die Komplexität der materiellen Standards und der Verfahren weiter gesteigert. Der bevorstehende Beitritt der EU zur EMRK wird die praktische Bedeutung der Konvention nochmals erhöhen. Er wird das institutionelle Verhältnis der europäischen und nationalen Gerichte zueinander beeinflussen und möglicherweise die Grundrechtsinhalte einander angleichen. Im europäischen mehrschichtigen Grundrechtsschutzsystem nimmt die EMRK eine Schlüsselposition ein.

Alle diese Entwicklungen haben in den Mitgliedstaaten teilweise tiefgreifende Reformen ausgelöst, sie bewirkten aber auch eine Verfeinerung des Zusammenspiels der europäischen und nationalen Grundrechtsschutzmechanismen. Nicht zuletzt hat „Straßburg“ bisweilen offenen politischen Widerstand provoziert und eine wissenschaftliche Debatte über die Legitimität der überstaatlichen Menschenrechtsgerichtsbarkeit angestoßen.

Überhaupt hat sich zu allen Aspekten der EMRK die wissenschaftliche Literatur einschließlich der Kommentierungen und Lehrbücher in den vergangenen Jahren enorm entfaltet. Vor diesem Hintergrund erscheint eine prägnante Einführung in diese Rechtsordnung wichtiger denn je.

Das Buch musste vollkommen neu bearbeitet und im Wesentlichen neu geschrieben werden. Die systematisierende Darstellung wurde wie in der ersten Auflage mit einem Case-Law Ansatz verbunden, und auch die rechtsvergleichenden Seitenblicke auf das deutsche Grundgesetz wurden beibehalten. EGMR-Rechtsprechung wurde bis Mitte Dezember 2011 eingearbeitet. Wir danken unseren Studierenden in Basel, Budapest und Zürich für viele wichtige Kommentare und Fragen zu Themen des Buches. Das Kapitel zum Umweltschutz, dessen Mitautorin *Monika Heymann* (jetzt *Monika Polzin*, Juniorprofessorin an der Universität Augsburg) war, mussten wir aus Platz-

gründen aufgeben. Wir danken Monika herzlich dafür, dass sie die Übernahme einiger Passagen in die Neuauflage erlaubt hat.

Für Spezialrecherchen danken wir *Thore Neumann*. *Claudia Jeker* gebührt wieder Dank für die hervorragende Schlussredaktion und Unterstützung in vielfältiger Hinsicht. Für seine stete Gesprächsbereitschaft danken wir ferner *Luzius Wildhaber*.

Basel und Zürich, im Februar 2012

Anne Peters und Tilmann Altwicker

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Hinweise auf Literatur und Dokumente	XXV
Teil 1. Grundlagen	1
§ 1. Historischer, materiell-rechtlicher und prozessualer Überblick	1
I. Geschichte und Eckdaten	1
1. Der Europarat	1
2. Die EMRK	1
II. Die EMRK und das Recht der Mitgliedstaaten	2
1. Einbeziehung	2
2. Rang	3
3. Unmittelbare Anwendung der EMRK	4
4. Mittelbare Anwendung: EMRK-konforme Auslegung	4
III. Überblick über die materiellen Rechte	5
IV. Die Protokolle zur EMRK	6
V. Divergierende materielle Standards durch Vorbehalte, Art. 57 EMRK	6
VI. Überblick über das Rechtsschutzsystem der EMRK	8
1. Die Gerichtsorganisation	8
2. Die Arbeitslast des EGMR	9
VII. Europäische Menschenrechtsabkommen neben der EMRK	10
§ 2. Allgemeine Prinzipien der EMRK	10
I. Subsidiärer Grundrechtsschutz	11
1. Folgen des subsidiären Charakters	11
2. Konsequenz für den Prüfungsumfang: Die „Vierte-Instanz-Formel“	12
II. Die EMRK als „Verfassungsinstrument“	13
III. Berechtigte der EMRK-Rechte	14
IV. Verpflichtete (Adressaten)	15
1. Zurechnung des Verhaltens von Privatpersonen	15
2. Vertragsstaatliches Verhalten im Rahmen internationaler Regime	16
a) Grundsätze	17
b) Anwendung auf die EU und die Vereinten Nationen	19
c) Kritik	19
3. Keine Zurechnung des Verhaltens von Drittstaaten	20
V. Verpflichtungsdimensionen der Konventionsrechte	20
1. Achtungspflichten	21
2. Schutzpflichten	21
3. Leistungspflichten	23
4. Verfahrens- und organisationsrechtliche Dimension der Konventionsrechte	23
VI. Die Auslegung der EMRK	24
1. Völkerrechtliche Auslegungsgrundsätze	24
2. Besondere Akzente der Auslegung durch den EGMR	25

a) Dynamisch-teleologische Auslegung	25
b) Effektivitätssichernde Auslegung	25
c) Berücksichtigung der gemeineuropäischen Rechtsauffassungen	26
3. Instruktive Rechtsprechung zur Auslegung	26
§ 3. Struktur der Konventionsrechtsprüfung	27
I. Die allgemeine Prüfung	27
1. Beeinträchtigung der Ausübung eines Rechts	27
a) Der „Schutzbereich“ des Rechts	28
b) Beeinträchtigung	28
2. Rechtfertigung einer Beeinträchtigung	29
a) Rechtsgrundlage	29
b) Enumerierte berechtigte Ziele	31
c) Notwendigkeit in demokratischer Gesellschaft bzw. Verhältnismäßigkeit	31
3. Besonderheiten der Diskriminierungsverbote	32
4. Der Einschätzungsspielraum (margin of appreciation/marge d’appréciation)	32
5. Implizite Schranken bei vorbehaltlosen Konventionsrechten	33
II. Besonderheiten bei Verfahrens- und Justizrechten	34
III. Die allgemeinen Ausnahmen	34
1. Derogation von Grundrechten im Notstandsfall (Art. 15)	34
2. Weitere allgemeine Ausnahmen (Art. 16 und Art. 17)	36
§ 4. Das Verhältnis der EMRK-Grundrechte zu den Unionsgrundrechten	37
I. Rechtsstellung der EMRK im Unionsrecht	37
II. Die EMRK als Maßstab für die Beurteilung von Maßnahmen der EU-Organe	37
1. EMRK als Rechtserkenntnisquelle	37
2. EMRK und EU-Grundrechtecharta: Kohärenz	38
III. Die EMRK-Bindung der Mitgliedstaaten bei Handeln mit Unionsrechtsbezug	39
1. Staatlicher Hoheitsakt: Die Mitwirkungsformel	40
2. Anwendbarkeit der EMRK?	40
3. Volle Konventionsgebundenheit bei „freiem“ Handeln der Mitgliedstaaten	41
a) Die Schaffung neuen EU-Primärrechts: Matthews	41
b) Umsetzung von EU-Richtlinien	42
c) Sonstige Spielräume	42
4. Eingeschränkte Konventionsverantwortlichkeit bei „gebundenem“ Mitgliedstaatenhandeln: Die Bosphorus-Vermutung	42
IV. Einfluss von Art. 6 auf EU-Rechts-bezogene Rechtsschutzverfahren	44
1. Defizite des nationalen Rechtsschutzes	44
2. Verweigerung der Vorlage an den EuGH	45
3. Defizite im unionalen Rechtsschutzverfahren	45
V. Rechtslage nach dem Beitritt der EU zur EMRK	46
1. Konventionskonforme Ausgestaltung des EU-Sekundärrechts	46
2. Rechtswege	47
3. Gleichbehandlung von EU und Mitgliedstaaten	48
4. Würdigung	48
Teil 2. Basisschutz von Leib und Leben	49
§ 5. Das Recht auf Leben (Art. 2)	49
I. Allgemeines	49
II. Schutzbereich	49
III. Beeinträchtigung	50
1. Abwehrrecht	50
2. Schutzpflichten	50

a) Schutz vor Angriffen durch private Dritte	51
b) Schutz vor anderen Gefahrenquellen	51
3. Verfahrenspflichten	52
IV. Rechtfertigung	53
1. Allgemeines	53
2. Rechtsgrundlage für die Beeinträchtigung	53
3. Rechtfertigende Gründe	53
4. Strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung	54
V. Aktuelle Probleme	54
1. Schwangerschaftsabbruch	54
2. Sterbehilfe	55
3. Todesstrafe	57
4. Finaler Todesschuss durch die Polizei	57
§ 6. Das Verbot der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung und Strafe	59
I. Bedeutung und Kontext	59
II. Überblick zum Schutzbereich: Schwellen der Beeinträchtigung	60
III. Keine Rechtfertigungsmöglichkeit	61
IV. Auslegung und Beweisregeln	62
V. Die Beeinträchtigungsformen im Einzelnen	62
1. Erniedrigende Behandlung oder Strafe	62
2. Unmenschliche Behandlung oder Strafe	63
3. Folter	64
VI. Schutz-, Leistungs- und Verfahrenspflichten	65
VII. Aktuelle Probleme	66
1. Haftbedingungen	66
2. Auslieferung, insbesondere bei drohender Todesstrafe	67
3. Ausweisung	69
4. Asylverfahren	69
5. Folgen einer Verletzung von Art. 3 für die Fairness des Verfahrens	70
§ 7. Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit	71
I. Allgemeines	71
II. Schutzbereich	72
1. Sklaverei	72
2. Leibeigenschaft	72
3. Zwangs- oder Pflichtarbeit	72
4. Menschenhandel	72
III. Keine Rechtfertigung	74
Teil 3. Kommunikationsfreiheiten und politische Grundrechte	75
§ 8. Überblick	75
§ 9. Meinungsäußerungsfreiheit	76
I. Schutzbereich	76
II. Das Missbrauchsverbot (Art. 17)	77
III. Beeinträchtigung	78
IV. Rechtfertigung	79
1. Rechtsgrundlage	79
2. Berechtigtes Ziel	79
3. Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	80
V. Aktuelle Probleme	82
1. Werbung	82

2. Pornographie und Blasphemie	82
3. Hassrede	83
4. Einschränkungen der Meinungsäußerungsfreiheit durch Beamtenrecht	83
5. Einschränkungen durch Standesrecht (Ärzte, Rechtsanwälte usw.)	84
§ 10. Pressefreiheit	85
I. Allgemeines	85
II. Aktuelle Probleme	87
1. Pressekritik an der Regierung oder an einzelnen Politikern	87
2. Verbreitung vertraulicher Information durch die Presse	87
3. Presseberichte über das Privatleben von Personen	89
4. Zeugnisverweigerungsrecht und Quellenschutz	90
5. Pressekritik an der Justiz	91
§ 11. Kunstfreiheit	92
I. Allgemeines	92
II. Aktuelle Probleme	93
1. Kunst als politische Kritik	93
2. Blasphemische und pornographische Kunst	94
§ 12. Informationsfreiheit	94
I. Allgemeines	94
II. Aktuelle Probleme	96
1. Whistleblowing	96
2. Moralisch sensible Informationen	97
3. Verbotene Inhalte/Weiterverbreitung von hate speech	98
§ 13. Wissenschaftsfreiheit	99
I. Allgemeines	99
II. Aktuelle Probleme	100
1. Wissenschaftsfreiheit und Wettbewerbsrecht	100
2. Wissenschaftsfreiheit an theologischen Hochschulen	101
§ 14. Freiheit audio-visueller Medien (Radio, Fernsehen und Internet)	101
I. Allgemeines	102
II. Aktuelle Probleme	103
1. Internationaler Informationsfluss	103
2. Politische Werbung	104
§ 15. Versammlungsfreiheit (Art. 11)	105
I. Schutzbereich	105
II. Beeinträchtigungen	107
1. Abwehrdimension	107
2. Schutzdimension	107
III. Rechtfertigung	107
1. Legitime Ziele und Besonderheit bei Versammlungsverbot	107
2. Vorbehalt für Amtsträger	108
IV. Aktuelle Probleme	109
1. Versammlungen verfassungsfeindlicher Gruppen	109
2. Gegendemonstrationen	109
§ 16. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 11)	111
I. Schutzbereich	111
1. Vereinigungsfreiheit	111
2. Koalitionsfreiheit	112

II. Beeinträchtigung	112
1. Vereinigungsfreiheit	112
2. Koalitionsfreiheit	113
III. Rechtfertigung	113
IV. Aktuelle Probleme	113
1. Parteiverbote	113
2. Registrierung von Vereinigungen	115
3. „Closed shop“-Vereinbarungen	115
§ 17. Recht auf freie Wahlen (Art. 3 ZP 1)	116
I. Allgemeines	116
II. Schutzbereich	117
III. Beeinträchtigungen	118
IV. Rechtfertigung	118
V. Aktuelle Probleme	119
1. Wahlrechtsaberkennung für gefangene Straftäter	119
2. Beschränkungen des passiven Wahlrechts	119
Teil 4. Justizbezogene Rechte	121
§ 18. Bedingungen der Freiheitsentziehung (Art. 5)	121
I. Allgemeines	121
II. Schutz vor unrechtmäßiger oder willkürlicher Freiheitsentziehung, Art. 5 Abs. 1	121
1. Schutzbereich	121
a) Fortbewegungsfreiheit	121
b) Sicherheit	122
2. Beeinträchtigung	122
III. Konventionsrechtliche Rechtfertigung der Freiheitsentziehung (Art. 5 Abs. 1)	124
1. Haftgrund	124
a) Verurteilung, lit. a)	124
b) Nichtbefolgung einer gerichtlichen Anordnung oder einer gesetzlichen Verpflichtung, lit. b)	125
c) Untersuchungs- und Präventivhaft, lit. c)	125
d) Inhaftnahme Minderjähriger, lit. d)	127
e) Unterbringung von ansteckend Kranken, Geisteskranken, Alkoholikern, Rauschgiftsüchtigen und Landstreichern, lit. e)	127
f) Abweisungs-, Abschiebungs- und Auslieferungshaft, lit. f)	127
2. Gesetzliche Grundlage	127
3. Einhaltung des innerstaatlichen Verfahrens	128
4. Beachtung des Willkürverbots	129
5. Aktuelles Problem: Die nachträgliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung	129
IV. Verfahrensgrundrechte bei Festnahmen, Art. 5 Abs. 2 bis Abs. 4	130
1. Recht der Festgenommenen auf Information, Art. 5 Abs. 2	130
2. Ansprüche von Untersuchungshäftlingen, Art. 5 Abs. 3	131
a) „Richter oder zur Wahrnehmung richterlicher Aufgaben ermächtigte Person“ (Haftrichter)	131
b) „Unverzügliche Vorführung“	132
c) Anspruch auf ein Urteil innerhalb angemessener Frist bzw. Haftentlassung, Art. 5 Abs. 3 S. 2	132
3. Der Richtervorbehalt, Art. 5 Abs. 4	133
a) Schutzzumfang	133
b) Zusammenfassender Vergleich von Abs. 3 und Abs. 4	134

V. Anspruch auf innerstaatliche Entschädigung für EMRK-widrige Haft, Art. 5 Abs. 5	134
1. Voraussetzungen	134
2. Verhältnis von Art. 5 Abs. 5 zu Art. 41	135
§ 19. Grundlagen zu Art. 6 EMRK	135
I. Allgemeines	135
II. Der erste Anwendungsbereich: Zivilverfahren i. S. v. Art. 6 Abs. 1	136
1. „Streitigkeit“	136
2. Rechtscharakter („Ansprüche“ und „Verpflichtungen“)	137
3. Die allgemeinen Kriterien für die Qualifikation des Verfahrens als „zivilrechtlich“	137
III. Aktuelle Probleme des zivilrechtlichen Anwendungsbereichs von Art. 6 Abs. 1	139
1. Rechtsstreitigkeiten im öffentlichen Dienst	139
2. Sozialrechtsstreitigkeiten	140
3. Maßnahmen des vorläufigen Rechtsschutzes	141
IV. Der zweite Anwendungsbereich: Strafverfahren i. S. v. Art. 6	141
1. Begriff der „Anklage“ und Qualifikation eines Verfahrens als „strafrechtlich“	141
2. Grenzsituationen, die als „strafrechtlich“ i. S. v. Art. 6 gelten	143
3. Nicht „strafrechtliche“ Streitigkeiten i. S. v. Art. 6	144
V. Weitere Voraussetzungen der Anwendbarkeit von Art. 6	145
VI. Anforderungen an das Gericht	145
1. „Gericht“	145
2. Gesetzliche Grundlage	145
3. Unabhängigkeit des Gerichts	146
4. Unparteilichkeit des Gerichts	147
a) „Subjektive“ Unparteilichkeit	147
b) „Objektive“ Unparteilichkeit	148
c) Leitfall: Kyprianou v. Zypern (2005)	149
VII. Recht auf Zugang zu einem Gericht	150
1. Grundsatz: Effektiver Rechtsschutz	150
2. Einschränkungen des Zugangs zu Gericht	152
a) Kriterien der Zulässigkeit von Einschränkungen	152
b) Fallgruppen von Zugangsbeschränkungen	152
3. Aktuelle Probleme zum Zugang zu Gericht	153
a) Zugangsbeschränkung aufgrund der Immunität von Parlamentsabgeordneten	153
b) Zugangsbeschränkung aufgrund von Staatenimmunität	153
c) Zugangsbeschränkung aufgrund der Immunität internationaler Organisationen	155
VIII. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens	156
1. Umfang der Garantie der Öffentlichkeit des Verfahrens	156
2. Ausnahmsweiser Ausschluss der Öffentlichkeit nach Art. 6 Abs. 1 S. 2	157
3. Mündlichkeit des Verfahrens	158
IX. Dauer des Gerichtsverfahrens	159
1. Allgemeines	159
2. Berechnung der Zeitdauer	159
3. Kriterien der Angemessenheit der Zeitdauer	160
§ 20. Fairness des Verfahrens (Art. 6 Abs. 1)	161
I. Allgemeines	161

II. Rechtliches Gehör	162
III. Persönliche Teilnahme am Verfahren	162
IV. Waffengleichheit	163
V. Beweisrecht	164
1. Allgemeines	164
2. Verwertung von nach nationalem Recht rechtswidrig erlangten Beweismitteln	164
3. Verwertung von konventionswidrig erlangten Beweismitteln	165
§ 21. Besondere Garantien des Angeklagten im Strafverfahren	166
I. Das Recht zu schweigen (nemo tenetur)	166
II. Die Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2)	167
1. Allgemeines zum Schutzbereich	167
2. Kostenauflagen als Verletzung der Unschuldsvermutung	168
3. Beweislastverteilung als Verletzung der Unschuldsvermutung	168
4. Äußerungen staatlicher Behörden zu Strafverfahren	168
III. Weitere besondere Garantien des Angeklagten im Strafverfahren (Art. 6 Abs. 3)	169
1. Unterrichtung über die Beschuldigung, Art. 6 Abs. 3 lit. a)	169
2. Vorbereitung der Verteidigung, Art. 6 Abs. 3 lit. b)	169
3. Recht auf Verteidigung, Art. 6 Abs. 3 lit. c)	170
4. Benennung und Befragung von Zeugen: Art. 6 Abs. 3 lit. d)	171
a) Allgemeines	171
b) Der anonyme Zeuge (agent provocateur)	171
5. Unentgeltlicher Dolmetscher: Art. 6 Abs. 3 lit. e)	172
§ 22. Das Recht auf wirksame Beschwerde (Art. 13)	173
I. Allgemeines	173
II. Anwendungsbereich	173
1. Akzessorietät	173
2. Kein Recht auf Beschwerde gegen die Legislative	174
3. Eigenständigkeit der Garantie des Art. 13	174
III. Schutzzinhalte des Art. 13	175
1. Instanz	175
2. Wirksamkeit der Beschwerde	175
3. Entschädigung	176
IV. Grenzen des Schutzes durch Art. 13	177
§ 23. Keine Strafe ohne Gesetz (Art. 7 EMRK)	177
I. Allgemeines	177
II. Anwendbarkeit des Art. 7	177
III. Die Gewährleistungen im Einzelnen	178
1. Grundsatz der Rechtsbasiertheit von Straftatbeständen und Strafen	178
2. Bestimmtheitsgrundsatz	179
3. Rückwirkungsverbot	180
4. Verbot der rückwirkenden Verhängung schwererer Strafen	181
IV. Völkerrecht als Rechtsgrundlage	182
1. Strafbarkeit nach „internationalem Recht“ (Abs. 1)	182
2. Der Ausnahmetatbestand in Art. 7 Abs. 2	183
§ 24. Justizielle Garantien des ZP 7	184
I. Verfahrensgarantien bei der Ausweisung: Art. 1 ZP 7	184
II. Rechtsmittel in Strafsachen: Art. 2 ZP 7	185

III. Entschädigung nach Fehlurteil: Art. 3 ZP 7	185
IV. Verbot der Doppelbestrafung (Ne bis in idem): Art. 4 ZP 7	186
1. Allgemeines	186
2. Verletzung: Vier Elemente	187
Teil 5. Der Schutz der persönlichen Lebensgestaltung	189
§ 25. Überblick zu Art. 8	189
I. Vier Schutzbereiche	189
II. Beeinträchtigung	190
III. Rechtfertigung nach Art. 8 Abs. 2	190
1. Gesetzliche Grundlage	190
2. Verfolgung eines legitimen Ziels	190
3. Verhältnismäßigkeit	191
IV. Ansprüche aus Art. 8 auf positives Tun des Staates (Schutzpflichten)	191
§ 26. Schutz des Privatlebens (Art. 8)	192
I. Der Schutzbereich	192
1. Aktive Schutzbereichsausprägungen: Selbstbestimmung	192
a) Verfügung über den eigenen Körper und physische Integrität; Abgrenzung zu Art. 2 und 3	193
b) Achtung der sexuellen Selbstbestimmung	193
c) Selbstbestimmung in fundamentalen Lebenssituationen, Ehre und Identität	195
d) Lebensstil	196
2. Passive Schutzbereichsausprägungen: Achtung der Privatsphäre	196
a) Vertraulichkeit der Kommunikation	196
b) Recht am eigenen Bild	198
II. Aktuelle Probleme	199
1. Datenschutz	199
2. Berufsfreiheit	202
3. Umweltschutz	203
4. Häusliche Gewalt	204
§ 27. Schutz des Familienlebens (Art. 8)	205
I. Schutzbereich: Leben als Familie	205
II. Beeinträchtigungen	206
III. Rechtfertigung	207
IV. Aktuelle Probleme	207
1. Sorge- und Umgangsrecht biologischer Väter	207
2. Familientrennung durch ausländerrechtliche Maßnahmen	208
§ 28. Ergänzungsrechte zu Art. 8 in Bezug auf die Familie	210
I. Eheschließungs- und Familiengründungsfreiheit (Art. 12)	210
1. Beeinträchtigung der Rechtsausübung	210
2. Rechtfertigung	210
3. Aktuelle Probleme	211
a) Eheschließungsfreiheit Transsexueller	211
b) Keine Eheschließungsfreiheit Homosexueller	211
II. Bildung und Elternerziehungsrechte (Art. 2 ZP 1)	212
1. Das Recht auf Bildung (Art. 2 S. 1 ZP 1)	212
2. Recht der Eltern (Art. 2 S. 2 ZP 1)	213
3. Aktuelles Problem: Das Kreuzifix in Schulen	214

§ 29. Der Schutz der Wohnung (Art. 8)	216
I. Schutzbereich	216
II. Beeinträchtigungen und Rechtfertigung	216
§ 30. Die Achtung des Briefverkehrs und anderer Kommunikationsformen	217
I. Schutzbereich	217
II. Beeinträchtigungen und Rechtfertigung	218
§ 31. Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 9)	218
I. Allgemeines	218
II. Die Schutzbereichsausprägungen	219
1. Religionsfreiheit	219
2. Weltanschauungsfreiheit	222
3. Gewissens- und Gedankenfreiheit	222
4. Konventionsrechtsberechtigung bei Art. 9	223
5. Abgrenzung zu anderen Konventionsrechten	223
III. Beeinträchtigungen	223
IV. Rechtfertigung	224
V. Aktuelle Probleme	225
1. Glaubensbezogene Bekleidungs Vorschriften (insbesondere das islamische Kopftuch)	225
2. Religiöse Reinheitsvorschriften (insbesondere Schächten)	226
3. Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften im Bereich des Arbeitsrechts	227
4. Neutralitätsgebot (insbesondere Einmischung des Staates in innere Angelegenheiten der Religionsgemeinschaft)	228
§ 32. Der Eigentumsschutz (Art. 1 ZP 1)	229
I. Allgemeines	229
II. Schutzbereich	230
1. Gegenstand	230
2. Zuordnungsbeziehung	231
3. Geschützte Verhaltensweisen	232
III. Beeinträchtigungen	232
1. Enteignung	233
a) Formelle und faktische Enteignung	233
b) Abgrenzung zur sonstigen Beeinträchtigung	234
2. Benutzungsregelung	234
3. Sonstige Beeinträchtigungen	235
IV. Rechtfertigung	236
1. Enteignung	236
a) Fünf Voraussetzungen	236
b) Insbesondere die Entschädigungspflicht	237
2. Benutzungsregelung	238
3. Sonstige Beeinträchtigungen	239
V. Aktuelle Probleme	240
1. Schutzpflichten aus der Eigentumsgarantie	240
2. Eigentumsrechte nach politischem Systemwechsel	241
Teil 6. Gleichheitsrechte	243
§ 33. Das akzessorische Diskriminierungsverbot (Art. 14 EMRK)	243
I. Allgemeines	243
II. Anwendungsbereich	244
1. Akzessorietät	244
2. Vergleichbare Situation als Vorbedingung	244

III. Sensible Merkmale	245
IV. Arten der Diskriminierung	246
1. Direkte Diskriminierung durch Ungleichbehandlung	246
2. Direkte Diskriminierung durch Gleichbehandlung	247
3. Indirekte Diskriminierung	247
4. Passive Diskriminierung	248
5. Positive Diskriminierung	250
V. Rechtfertigung	250
1. Berechtigter Zweck der Unterscheidung/Differenzierung	250
2. Verhältnismäßigkeit (Mittel-Zweck-Relation)	251
3. Staatlicher Einschätzungsspielraum (marge d'appréciation/margin of appreciation)	251
VI. Vergleich mit Deutschland	252
§ 34. Das allgemeine Diskriminierungsverbot (Art. 1 ZP 12)	253
I. Allgemeines	253
II. Anwendungsbereich	254
1. „Jedes gesetzlich niedergelegte Recht“	254
2. Vergleichbare Situation als Vorbedingung	255
III. Arten der Diskriminierung: Besonderheiten	256
IV. Sensible Merkmale und Rechtfertigung	257
Teil 7. Verfahrensrecht	259
§ 35. Die Individualbeschwerde	259
I. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	259
II. Zeitliche Vereinbarkeit	261
III. Örtliche Vereinbarkeit	262
1. Innerstaatliches Handeln mit Konsequenzen außerhalb des Staatsgebietes	263
2. Effektive Gebietskontrolle über ein Fremdgebiet durch einen Konventionsstaat	263
3. Extraterritoriales Handeln eines Konventionsstaates ohne effektive territoriale Kontrolle	264
4. Extraterritoriales Handeln eines Konventionsstaates mit Autorität (Einzelkontrolle) über Personen oder Sachen	264
5. Prekäre Hoheitsgewalt im eigenen Staatsgebiet	265
IV. Sachliche Vereinbarkeit	265
V. Beschwerdeführer („persönliche“ Vereinbarkeit)	266
1. Partei-, Prozess- und Postulationsfähigkeit	266
2. Opfereigenschaft	267
a) Selbstbetroffenheit	268
b) Zeitpunkt der Verletzung	268
c) Unmittelbare Betroffenheit	269
3. Erheblicher Nachteil	270
a) Objektiver und subjektiver Maßstab	270
b) Zwei Sicherheitsklauseln	270
VI. Beschwerdegegner	271
1. Parteieigenschaft	271
2. Zurechnung	271
VII. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs (Art. 35 Abs. 1)	272
1. Allgemeines	272
2. Einhaltung der nationalen Prozessvorschriften	272
3. Zugänglichkeit und Wirksamkeit	273
4. Beweislast	275

VIII. Form (Regel 45 VerfO) und Frist (Art. 35 Abs. 1)	275
IX. Negativvoraussetzungen der Zulässigkeit	276
1. Anonyme Beschwerde (Art. 35 Abs. 2 lit. a))	276
2. Res iudicata und Litispendenz (Art. 35 Abs. 2 lit. b))	276
3. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerde (Art. 35 Abs. 3 lit. a) Alt. 2)	277
4. Missbrauch des Beschwerderechts (Art. 35 Abs. 3 lit. a) Alt. 3)	277
X. Der Verfahrensgang	278
1. Der normale chronologische Ablauf einer Individualbeschwerde	278
2. Die Zuständigkeiten der Großen Kammer	279
3. Beteiligung Dritter am Verfahren	280
XI. Vorläufiger Rechtsschutz	280
§ 36. Staatenbeschwerde und Gutachtenverfahren	282
I. Sinn und Zweck der Staatenbeschwerde	283
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Staatenbeschwerde	283
III. Beispiele von Staatenbeschwerden	284
IV. Gutachtenverfahren, Art. 47	284
§ 37. Urteilsinhalt und Urteilswirkungen	285
I. Allgemeines	286
II. Urteilsinhalte	286
1. Feststellung der Konventionsverletzung	286
2. Gerechte Entschädigung, Art. 41	286
a) Schadensersatz	287
b) Kosten und Auslagen	288
3. Erweiterung: Die Anordnung von Einzelmaßnahmen	288
4. Generelle Maßnahmen (Piloturteile)	289
III. Urteilswirkungen aufgrund der EMRK	291
1. Rechtskraft inter partes und einzelfallbezogene Befolgungspflicht (Art. 46)	291
2. Allgemeine Pflicht zur Korrektur der Rechtsordnung	292
3. Orientierungswirkung für andere Staaten	292
IV. Folgen im deutschen Recht	293
1. Konventionswidrige Gesetze und Verordnungen	293
2. Konventionswidrige Verwaltungsakte	293
3. Konventionswidrige Gerichtsurteile	294
4. Berücksichtigungspflicht	294
5. Verfassungsbeschwerde mit Durchsetzungsrüge	294
V. Urteilsdurchsetzung	295
Anhang: Prüfungsschemata	297
A. Prüfungsschema Freiheitsrechte	297
B. Prüfungsschema akkessorisches Diskriminierungsverbot (Art. 14 EMRK i. V. m. einem Konventionsfreiheitsrecht)	297
C. Selbstständiges Diskriminierungsverbot (Art. 1 ZP 12)	298
D. Prüfungsschema zur Zulässigkeit (admissibility) einer Individualbeschwerde	298
Rechtsprechungsregister	301
Sachverzeichnis	309

